

Fragen

**für die Fragestunde der 171. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. April 2005**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	24	Lensing, Werner (CDU/CSU)	34, 35
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	25, 26	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	6, 27
Braun, Helge (CDU/CSU)	1	Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)	10, 11
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	39, 40	Niebel, Dirk (FDP)	30, 31
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	14, 15	Pau, Petra (fraktionslos)	17, 23
Hedrich, Klaus-Jürgen (CDU/CSU)	4	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU)	5, 36
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	21, 38	Dr. Schröder, Ole (CDU/CSU)	12, 13
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	41, 42	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	44
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	8, 9	Spahn, Jens (CDU/CSU)	45, 46
Klöckner, Julia (CDU/CSU)	7, 43	Tauss, Jörg (SPD)	18, 19
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU) ..	28, 29	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	3, 22
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	16, 20	Wöhrl, Dagmar (CDU/CSU)	32, 33
Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	2, 37		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter
Helge Braun
(CDU/CSU)

Wie genau sieht der „Plan B“ der Bundesregierung, den der Bundeskanzler Gerhard Schröder laut Presseberichten (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Oktober 2004) im September 2004 auf einem Innovationskongress der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin angesprochen hat, aus, in den kommenden Jahren schrittweise bis zu 10 Mrd. Euro zusätzlich für Forschung und Bildung zu mobilisieren, ohne dass dafür die Eigenheimzulage abgebaut wird, und wann wird die Bundesregierung mit der Umsetzung des Planes beginnen?
2. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU)

Wie plant die Bundesregierung die ggf. zu erwartende schwierige Ausbildungssituation in den neuen Bundesländern im kommenden Ausbildungsjahr mit dem Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramm Ost zu verbessern?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

3. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, welcher Verwendung die seitens der Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela in großem Umfang eingekauften Rüstungsgüter zugeführt werden sollen, und sieht die Bundesregierung angesichts des Umfangs der Rüstungsimporte im Verhältnis zu der vergleichsweise geringen Stärke der venezolanischen Streitkräfte Anzeichen dafür, dass Teile des eingeführten Kriegsgeräts anders als für die legitime nationale Sicherheit Venezuelas – etwa für die Ausrüstung irregulärer Truppen – eingesetzt werden sollen?
4. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Hedrich
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die umfangreichen Einkäufe von Waffen und Rüstungsgütern seitens der Bolivarischen Republik Venezuela, und hat die Bundesregierung versucht, auf die Regierungen befreundeter Länder, insbesondere Spaniens, die Rüstungsexportverträge mit Venezuela abgeschlossen haben, Einfluss zu nehmen, mit dem Ziel, den Export von Rüstungsgütern und Waffen nach Venezuela zu verhindern oder zu begrenzen?

5. Abgeordneter
Albert Rupprecht (Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche Position hat die Bundesregierung bei der Aushandlung der EU-Beitrittsverträge mit Bulgarien und Rumänien im Hinblick auf die Übergangsfristen bei Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit vertreten – unter besonderer Berücksichtigung der diesbezüglichen wirtschaftlichen Erfahrungen nach der letzten EU-Erweiterung –, und wie beurteilt die Bundesregierung diesbezüglich die bei den Verhandlungen erzielten Ergebnisse?
6. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos)
- In welchem Stundenumfang und auf der Grundlage welcher Quellen (Erfahrungsberichte von ehemaligen Mitarbeitern, wissenschaftliche Abhandlungen etc.) wird während der Ausbildung des Nachwuchses des Auswärtigen Amts für die Laufbahnen des höheren, gehobenen und mittleren Dienstes auf die politische Verantwortung des Auswärtigen Amts während des Faschismus eingegangen?
7. Abgeordnete
Julia Klöckner
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für angezeigt, dass der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, zu seinem Verhalten und den genauen Hintergründen im Zusammenhang mit dem von der Firma Hunzinger Information AG gezahlten Honorar in Höhe von 19 999 DM, insbesondere zur Frage, ob es sich um ein Honorar oder um eine Parteispende gehandelt hat, Stellung nimmt, und wenn nicht, aus welchem Grund?
8. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über illegale Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik der früheren kenianischen Regierung unter Daniel arap Moi und der jetzigen kenianischen Regierung unter Mwai Kibaki vor, und wenn ja, welche?
9. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Repressalien, denen der verantwortliche Herausgeber der kenianischen Tageszeitung „The East African Standard“ aufgrund einer Reportage vom 8. Januar 2005 ausgesetzt war, in der über illegale Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik der früheren und jetzigen kenianischen Regierung berichtet wurde und in der u. a. Innenminister Christopher Murungaru im Zusammenhang mit Grundeigentumsge­schäften namentlich genannt wurde, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|--|--|
| 10. Abgeordneter
Stephan
Mayer
(Altötting)
(CDU/CSU) | Wird nach dem Ergebnis des Gesprächs zwischen dem Bundesminister des Innern, Otto Schily, und dem türkischen Innenminister Abdülkadir Aksu am 11. April 2005 die Türkei Listen der illegalen Doppelstaatler übergeben, und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass das beabsichtigte bilaterale Abkommen nicht hinter den Standards des Abkommens über den Austausch von Einbürgerungsmitteilungen vom 10. September 1964 (CIEC-Abkommen Nr. 8) zurückbleibt? |
| 11. Abgeordneter
Stephan
Mayer
(Altötting)
(CDU/CSU) | Kommen die mit Innenminister Abdülkadir Aksu getroffenen Vereinbarungen noch vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zum Tragen, und ist hierdurch noch vor der Wahl sichergestellt, dass unrechtmäßig in deutschen Melde- und Wahlregistern eingetragene Türken nicht an der Wahl teilnehmen? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Ole
Schröder
(CDU/CSU) | Wie stellt die Bundesregierung noch vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen sicher, dass unrechtmäßig in deutschen Melde- und Wahlregistern eingetragene Türken nicht an der Wahl teilnehmen können? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Ole
Schröder
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass noch vor der Wahl in jedem Einzelfall ein Feststellungsverfahren zur Überprüfung der Staatsangehörigkeit durchgeführt wird? |
| 14. Abgeordneter
Ralf
Göbel
(CDU/CSU) | Aus welchem Grunde hat die Bundesregierung in dem in der Zeitung „DIE WELT“ vom 12. April 2005 genannten Fall dem fragenden Bürger noch am 27. März 2003 geantwortet, der Besitz einer anderen Staatsangehörigkeit neben der deutschen beeinträchtigt die Wahlberechtigung nicht, obgleich das Staatsangehörigkeitsrecht seit 1. Januar 2000 doppelte Staatsangehörigkeiten nahezu ohne Ausnahme untersagt (siehe DIE WELT vom 12. April 2005)? |
| 15. Abgeordneter
Ralf
Göbel
(CDU/CSU) | Ist die Forderung des Bundesministers des Innern, Otto Schily, an den türkischen Innenminister Abdülkadir Aksu aus dem Treffen vom 11. April 2005 nach Herausgabe der Liste der 50 000 illega- |

len Doppelstaatler angesichts der Bundestagsdebatte vom 21. Januar 2005 zu Bundestagsdrucksache 15/4496, wonach es keine rechtsmissbräuchliche Wiedereinbürgerung gebe, vorher mit den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgestimmt worden?

16. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wie viele der im Rahmen der bundesweiten Polizeiaktion gegen islamistische Extremisten in Deutschland ins Visier der Sicherheitsbehörden gelangten Personen fallen nach Kenntnis der Bundesregierung unter die so genannte TOP-Gefährderegulierung des § 58a Aufenthaltsgesetz?

17. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Wie viele antisemitische Straftaten wurden im ersten Quartal 2005 in der Bundesrepublik Deutschland begangen, und wie viele Opfer dieser Straftaten gab es?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

18. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 17. Februar 2005 (Plenarprotokoll 15/157) angenommene Empfehlung des Innenausschusses zu der Unterrichtung durch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und den Tätigkeitsbericht 2001 und 2002 des Bundesbeauftragten für den Datenschutz (Bundestagsdrucksache 15/4597), in der der Deutsche Bundestag seine Ablehnung einer Verpflichtung von Telekommunikationsunternehmen zur Speicherung sämtlicher Verkehrsdaten zum Ausdruck gebracht hat, bei den Beratungen der europäischen Innen- und Justizminister offensiv zu vertreten und ihre Zustimmung zu diesem europäischen Vorhaben auch von der Berücksichtigung dieser Beschlüsse des Deutschen Bundestages abhängig zu machen?

19. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD)

Welche Veranlassung hatte die Bundesregierung, bei diesen Verhandlungen der europäischen Innen- und Justizminister hinsichtlich der vorgesehenen Mindestspeicherfrist auf einem Zeitraum von sechs Monaten als Minimum zu bestehen, während Me-

dienberichten zufolge Tschechien darauf gedrängt hat, auch Speicherfristen unterhalb von sechs Monaten zuzulassen?

20. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Warum ist nach Kenntnis der Bundesregierung in dem in der Presse angekündigten Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum DNA-Abgleich eine Einschränkung auf Wiederholungstäter vorgesehen, und hält es die Bundesregierung für sachgerecht, mit dem DNA-Abgleich warten zu müssen, bis der Täter mehrfach straffällig geworden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

21. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das so genannte Drei-Säulen-Modell der deutschen Kreditwirtschaft aus Privat-, Genossenschaftsbanken und Sparkassen erhalten werden muss, und was unternimmt sie – auch vor dem Hintergrund der vom Land Berlin geplanten Änderung des Sparkassengesetzes, nach der u. a. die Grundlagen für den Verkauf von Sparkassen geschaffen werden sollen –, damit dieses Modell nicht durch die Gesetzgebung der Länder ausgehebelt wird?

22. Abgeordneter
**Peter
Weiß
(Emmendingen)**
(CDU/CSU)

Wird sich die Bundesregierung dem Vorstoß von Abgeordneten der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anschließen, dass die Einnahmeausfälle bei der Tabaksteuer durch eine Anhebung der Tabaksteuer auf Feinschnitt auf das Niveau der Besteuerung fertiger Zigaretten angeglichen werden sollen (vgl. DIE WELT vom 13. April 2005), und welche wirtschaftlichen Auswirkungen wird nach Erkenntnissen der Bundesregierung eine höhere Besteuerung von Feinschnitt auf die Tabak verarbeitende Industrie haben?

23. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Trifft es zu, dass der Bund sich immer mehr aus der Beseitigung von Munitionsaltlasten herauszieht und ggf. Privatpersonen die Entsorgung ihrer Grundstücke von Kampfmitteln überlässt, wie die Sendung „Monitor“ vom 3. Februar 2005 berichtet, und wenn ja, womit begründet die Bundesregierung diese Praxis?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

24. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Aus welchem Grund wird bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Dauer eines Kalendermonats mit 30 Tagen und nicht mit der tatsächlichen Anzahl der Kalendertage angesetzt, und in welcher Höhe gehen damit den Arbeitslosengeldempfängern Zuwendungen verloren?
25. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass zahlreiche Arbeitsgemeinschaften nach § 44b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) wie auch Optionskommunen (§ 6a SGB II) in jüngerer Zeit vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die Nachricht erhielten, dass ihr geplanter Etat für Personal- und Sachkosten wie auch für Eingliederungsmaßnahmen um 20 Prozent gekürzt wird, und wenn ja, aus welchen Gründen?
26. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)
- Welche Folgen erwartet die Bundesregierung von dieser Kürzung für die Absicherung der Aufgabenwahrnehmung und die Eingliederungs- und Vermittlungsarbeit?
27. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos)
- Trifft es zu, dass in den Ausführungshinweisen der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung zweckbestimmte Einnahmen, die ausdrücklich nicht der Sicherung des Lebensunterhalts dienen, wie z. B. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige, das Blindengeld oder Entschädigungen für Blindenführhunde, auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass eine solche Verrechnung gerechtfertigt ist?
28. Abgeordnete
Kristina Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen angesichts der Tatsache, dass die Optionskommunen einerseits in die Rechte und Pflichten der BA eintreten und Eingliederungsleistungen an behinderte Hilfebedürftige zu erbringen haben (§ 6b Abs. 1, § 16 Abs. 1 Satz 2 Zweites Buch Sozialgesetzbuch – SGB II), andererseits aber nicht als Rehabilitationsträger aufgeführt sind (§ 6 Neun-

tes Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX) und daher nicht auf die Mittel der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe zurückgreifen dürfen?

29. Abgeordnete
Kristina Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse begründen die Festsetzung der Kosten für behinderte Bedürftige zur beruflichen Rehabilitation auf 25 000 Euro pro Fall pro Jahr, und kann die Optionskommune diese Summe einkalkulieren, oder wird dieser Betrag ebenfalls von der Senkung der Fallpauschalen betroffen sein?
30. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP)
- In welcher Form hat die BA externe Beratung und Coaching in das Projekt „Virtueller Arbeitsmarkt (VAM)“ eingebracht?
31. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP)
- Plant die BA angesichts des hohen Zeit-, Qualitäts- und Kostendrucks des Virtuellen Arbeitsmarkts die Einführung eines effektiven Risikomanagements, und wenn nein, warum nicht?
32. Abgeordnete
Dagmar Wöhrl
(CDU/CSU)
- Wann erhielt der zuständige Geschäftsbereichsvorstand der BA Kenntnis von der Kostensteigerung und den Zwischenergebnissen beim Projekt „Virtueller Arbeitsmarkt (VAM)“, und wie reagierte er darauf?
33. Abgeordnete
Dagmar Wöhrl
(CDU/CSU)
- Wie ist erklärlich, dass laut dem Bericht des Bundesrechnungshofes vom 18. Februar 2005 das kalkulierte Geschäftsvolumen für den VAM von 65 Mio. Euro (der allererste Kostenvoranschlag betrug 35 Mio. Euro) innerhalb kurzer Zeit auf 163 Mio. Euro anstieg (98 Mio. Euro für Auftragnehmerin Accenture, 65 Mio. Euro für Schulungen, Hardware usw.) und nun einschließlich erforderlicher Schulungsmaßnahmen und Strukturanpassungen 233 Mio. Euro beträgt?
34. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die mit gerade einmal „ausreichend“ benotete Bewertung der Weiterbildungsberatung von Arbeitsagenturen der BA, wie diese im Heft „Test Spezial“ zur Weiterbildung „Neue Chancen im Job“ vom November 2004 (Seite 119) der Stiftung Warentest beschrieben wird?

35. Abgeordneter
**Werner
Lensing**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf den Aspekt des Lebenslangen Lernens, wie im Berufsbildungsbericht 2005 (Teil I, S. 37) beschrieben, die mit gerade einmal „ausreichend“ benotete Bewertung der Weiterbildungsberatung von Arbeitsagenturen der BA, wie diese im Heft „Test Spezial“ zur Weiterbildung „Neue Chancen im Job“ (Seite 119) der Stiftung Warentest beschrieben wird?
36. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht**
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche Ergebnisse hat die von der Bundesregierung versprochene „intensive Erörterung“ der europarechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung des so genannten Tanktourismus in den deutschen Grenzregionen (vgl. Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Tanktourismus“ in den Grenzregionen“ – Frage 37 – auf Bundestagsdrucksache 15/4017) vorzuweisen, und welche rechtlichen Initiativen will die Bundesregierung diesbezüglich ergreifen?
37. Abgeordneter
**Michael
Kretschmer**
(CDU/CSU)
- In welchem Maße (prozentual und absolut) rufen die Bundesländer in Ostdeutschland die ihnen zur Verfügung stehenden GA-Mittel (GA: Gemeinschaftsaufgabe) ab, und wie wurden die nicht ausgeschöpften Mittel in den vergangenen Jahren verwendet?
38. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über die Anzahl, die Verkaufsfläche und die Umsätze der Baumärkte in Deutschland in den letzten 10 Jahren, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Schwarzarbeit?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

39. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Wann laufen nach Kenntnis der Bundesregierung die von der Europäischen Union infolge des Auftretens der so genannten Geflügelpest im asiatischen Raum ergriffenen Schutzmaßnahmen gegen China (einschließlich Hongkong), Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Pakistan, Thailand und Vietnam aus?

- | | |
|--|--|
| 40. Abgeordnete
Gitta
Connemann
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit des Auslaufens der Schutzmaßnahmen, und wie begründet sie ihre Haltung? |
| 41. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen des Krisenmanagements für die europäische Landwirtschaft die Initiative der zuständigen Kommissarin Mariann Fischer Boel zur Einführung einer so genannten Mehrgefahrenversicherung zu unterstützen, und können für deren Finanzierung die Modulationsmittel eingesetzt werden? |
| 42. Abgeordneter
Dr. Peter
Jahr
(CDU/CSU) | Besteht aus Sicht der Bundesregierung die Möglichkeit, mit Hilfe der Modulationsmittel im Rahmen der Agrarreform in Deutschland eine länderspezifische Mehrgefahrenversicherung zu etablieren? |
| 43. Abgeordnete
Julia
Klößner
(CDU/CSU) | Welche finanziellen und personellen Mittel stellt die Bundesregierung für die Schirmherrschaft der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, für den Aktionstag „Nachhaltiges Waschen 2005“ zur Verfügung, und welche konkreten Ergebnisse, insbesondere auf die Reduzierung des Waschmittelverbrauchs in Deutschland, kann die Bundesregierung vorweisen, die sich aus der Übernahme der Schirmherrschaft des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, für den Aktionstag „Nachhaltiges Waschen 2004“ ergeben haben? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

- | | |
|--|---|
| 44. Abgeordneter
Uwe
Schummer
(CDU/CSU) | Gibt es eine unterschiedliche Kostenbeteiligung von Patienten mit Diabetes Mellitus Typ II je nach dem, ob der Patient Insulin spritzt oder auf eine orale Medikation eingestellt ist, und wenn ja, welche gesetzliche Grundlage gibt es dafür? |
|--|---|

45. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Wie viele Verträge nach § 116b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch wurden seit dem 1. Januar 2004 abgeschlossen, und wie viele dieser Verträge haben eine bessere ambulante Versorgung von Kindern zum Inhalt?

46. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Wie viele Verträge zur Integrierten Versorgung beschäftigen sich speziell mit einer besseren Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit chronischen Erkrankungen, und wer hat sie geschlossen?